

Der Spatz im Gebälk

Quergedacht: Was viele denken aber wenige auszusprechen wagen
Anstößige Texte zum Runterladen und Weiterverbreiten

Geld macht nicht glücklich, aber sorgt für Unruhe:

Ein Vorschlag

Am 5. Mai veranstaltete der Wirtschaftsrat der CDU e.V. sein Bundessymposium unter dem Thema „Mit soliden Staatsfinanzen ins nächste Jahrzehnt: Paradigmenwechsel für den Modernen Staat“. Es lieferte das Stimmungsbild, das sich die gehobene Klasse von der derzeitigen Politik macht. Daher die kurze Beschreibung ehe wir zum „Vorschlag“ kommen.

Auf dem Symposium sprachen neben anderen Polit-Größen, der Bundesfinanzminister, Länderfinanzminister und Vertreter der Parteien und ihrer Beratungsfirmen. Sie fragten sich, wie der Staat handlungsfähig bleiben könne und wie er von seiner erdrückenden Schuldenlast von fast 1,6 Billionen Euro und einer derzeitigen Zinsbelastung von jährlich schöngerechnet 43 Mrd. Euro wieder herunterkommen soll, denn hinter den veröffentlichten Zahlen stecken weitere versteckte Tributzahlungen des Staates an das Finanzsystem. Doch die genannten Zahlen sind schon hoch genug. Von allerlei lobenswerten Fragestellungen und Absichtserklärungen abgesehen wies der Bundesfinanzminister daraufhin, daß sich trotz der enormen Steuererhöhung (Umsatzsteuer) und der im Verhältnis zu den letzten Jahrzehnten günstigen Konjunktur kein ausgeglichener Haushalt vor 2011 erreichen ließe. Vielmehr zeichne sich schon jetzt wieder eine Neuverschuldung von 10 Mrd. Euro ab.

In den Diskussionen, die man dem Publikum vorführte, fehlte es natürlich nicht an schönen Worten, guten Vorsätzen und vielen Wens und Abers. Allerdings wurden auch Teufel an die Wand gemalt: Was, wenn die Konjunktur wieder abflaut, wenn die Zinsen wieder steigen, wenn die viel zu vielen Staatsbeamten demnächst in Pension gehen? Einig war man sich nur in einer Forderung: Es muß gespart werden. Wer ist „es“? Die Lösung der Frage, bei wem und wie zu sparen wäre, wurde als „schwierig“ hingestellt; sie verlange von allen Seiten Kompromisse und Zugeständnisse. Baden Württembergs Ministerpräsident Günther Oettinger sprach in diesem Zusammenhang sogar davon, man müsse versuchen möglichst viele oder alle Bundeslänger ins Boot bekommen, bevor die „Arche Noah“ in die hohe See hinaustreibt. Für ihn ist demnach die Finanznot der öffentlichen Hand bereits eine Sintflut. Die Frage, woher die Taube mit dem grünen Zweig kommen soll, blieb offen.

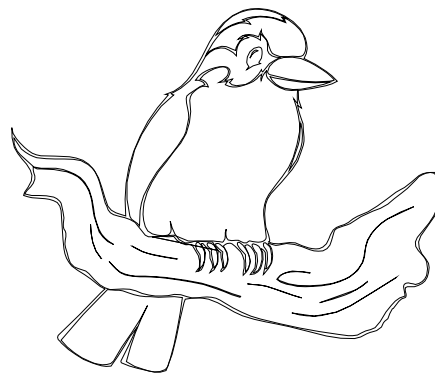
Ein gewisser Star des Abends war Dr. Thilo Sarrazin (SPD), der Finanzsenator der Stadt

Berlin, die trotz größter finanzieller Schwierigkeiten vor wenigen Jahren – infolge des Berliner Bankenskandals und ähnlicher Machenschaften – erstmals wieder einen ausgeglichenen Haushalt vorweisen konnte. Wie das erreicht wurde? Ganz einfach, den kleinen Angestellten und Beamten wurden „leider“ die Bezüge gekürzt und es wurden kostenträchtige Leistungen abgebaut. „Wenn man das will, dann geht das auch!“, lautete die frohe Botschaft des Sozialdemokraten an das Beifall spendende Publikum, insbesondere aber an die Adresse der für den Haushalt Bremens zuständigen Grünen. Diese konnte nur wehleidig und ohne Beifall zu finden kontern, Bremen gewähre seinen Angestellten und Beamten bereits niedrigere Bezüge und böte schon weniger Leistungen an als Berlin und es reiche trotzdem nicht: „Sollen wir etwa verlorene Wahlen und Rechtsradikalismus riskieren?“ Diese Gefahr sahen einige, nahmen sie aber nicht sonderlich ernst.

Abgesehen von Kürzungen und Einsparung fand man die für Politiker neuerdings übliche Patent-Lösung für alles, was über ihren Horizont geht: Mehr Wettbewerb! Die Länder und Kommunen brauchen mehr Autonomie, um sich von den Auflagen und Leistungen befreien zu können, die ihnen noch per Gesetz abverlangt werden. Und schließlich will man institutionalisieren, daß der Bürger wählen könne, ob er sich mit weniger Leistungen der öffentlichen Hand zufrieden geben oder mehr dafür bezahlen wolle. Vor diese Wahl gestellt sei der Bürger, oder Kunde – so die einhellige Meinung – ein-sichtsvoller als meistens befürchtet und bereit, tiefer in die Tasche zu greifen. Und nur darum ging es bei dem Spektakel.

Trotz zweier Podiumsdiskussionen fehlte – nach Aussagen des Moderators – „die Zeit, um – wie sonst üblich – auch das Publikum zu Wort kommen zu lassen“. Am Eingang waren zuvor nämlich dezent im Umschlag Papiere verteilt worden, die auf einen **Lösungsvorschlag** hindeuteten. Dieser konnte dem Publikum aber, wegen der Absage der „sonst üblichen Diskussion“ nicht vorgestellt werden. So konnte der Vorschlag in der Pause neben einzelnen Personen nur wenigen Offiziellen, wie dem Finanzsenator Sarrazin und einem Mitglied des Bundesvorstands der Deutschen Bundesbank, Dr. Hans Reckers, vorgetragen werden. Ihre knappen Antworten sprechen Bände.

Doch erst zum Vorschlag: „Die Geldversorgung der Wirtschaft geschieht einzig über die Kreditvergabe der Banken, so steht es



11.05.2008

DIESE WOCHE

Wie immer denkt der Spatz selber, und kommt auf diese Weise zu Pfingsten zu einem geldpolitischen Vorschlag, den „Experten“ brüsk ablehnen. Interessant ist natürlich, warum das so hart und ohne Begründung abgelehnt wird, und was für Scheinargumente aufgebaut werden. Die nämlich lassen tief in die Verfassung der Nation blicken...

DIESE SEITE

Gedanken, die das Regime nicht mag: Auf dieser Seite finden Sie regelmäßig eher unkonventionelle Beiträge, die auf politische Denkverbote keine Rücksicht nehmen.

IMPRESSUM

V.i.S.d.P.: Dr. Böttiger (Texte) und Harry Zingel (Gestaltung, Technik, Veröffentlichung).

Dr. H. Böttiger
Brüder Grimm Str. 10
65232 Taunusstein
E-Mail: boettigerdrh@web.de

Harry Zingel, Unternehmensberater
Erlgarten 8, 99091 Erfurt-Gispersleben
Tel. 0172-3642082, 0361-2606029,
Fax 0361-2118928
Internet: <http://www.zingel.de>,
E-Mail: HZingel@aol.com

Diese Seite darf beliebig kopiert, gespeichert und weiterverbreitet werden, solange ihr Inhalt unverändert und die Bezugsquelle genannt wird.

Adresse dieser Seite im WWW:

<http://www.spatzseite.de>

auf der Homepage der Bundesbank. Die Bundesbank ist doch, wie der Name sagt, eine Bank?“ Zustimmendes Nicken. „Warum verschuldet sich die Öffentliche Hand aber bei Privat Banken? Wäre es nicht sinnvoller, sie würde bei ihrer eigenen Bank, der Bundesbank einen Kredit von – sagen wir mal – Zwei Billionen Euro aufnehmen und damit alle ihre Schulden bei den privaten Banken begleichen?“

„Mit der Bundesbank ließen sich niedrigere Zinsen zum Beispiel von nur 1% vereinbaren, so daß die Zinszahlungen der öffentlichen Hand sich schlagartig auf weniger als die Hälfte reduzieren würden. Japans Regierung zahlt zur Zeit nur 0,5% Zinsen. Die Bundesbank würde von den Einnahmen von rund 20 Mrd. Euro im schlimmsten Fall fünf Mrd. Euro für die eigene Geschäftstätigkeit benötigen, der Rest, 15 Mrd. Euro, würde als Gewinn der Bundesbank an den Bund zurückfließen. Warum also an fremde Banken so viele Zinsen abführen, wenn man sie sich selbst zahlen könnte?“

An der Sicherheitsgewährung kann es doch nicht liegen. Denn für die Werthaltigkeit der Gewinne stehen ja nicht Regierung und sonstige Politiker ein, sondern in jedem Fall nur die Leistungserbringer der Nation.

„Diese Regelung böte weitere Vorteile. Den zur Zeit wegen ihrer Fehlspekulation notleidenden Banken flößen durch die Entschuldung der öffentlichen Hand Mittel zu, nicht nur um ihre spekulativ überzogenen Bilanzen wieder in Ordnung zu bringen; sie bekämen auch die Mittel, um höhere Mindestreservesätze zu schultern, welche die Bundesbank einfordern könnte, um ihrerseits ihre Bilanzen in Ordnung zu halten. Mit der Entschuldung der öffentlichen Hand und der verantwortungsbewußten, und dann nur noch leistungsbezogenen Eigenkreditgewährung bekäme der Bund ein einzigartiges, wirtschaftspolitisches Steuerungsmittel an die Hand, um auf Konjunkturschwankungen und Notlagen angemessen reagieren zu können. Die Regierung gewönne „wirtschaftspolitischen Handlungsspielraum“ zurück, dessen Schrumpfen hier so laut beklagt wurde.“ So weit der Vorschlag.

Angesichts der jüngsten Vorgänge auf den Finanzmärkten wird doch kein ernsthafter Mensch mehr die Meinung vertreten, die Privatbanken könnten besser mit Geld umgehen als eine ernsthaft am Wohlergehen der Nation interessierte Regierung. Oder muß man wirklich davon ausgehen, daß die Regierung kein ernsthaftes Interesse am Wohlergehen ihrer Bevölkerung mehr hat? Vieles deutet darauf hin.

Dieser Vorschlag konnte während der Pause Einzelpersonen aus der Wirtschaft, selbst aus dem Privatbankbereich durchaus in dieser oder in ähnlicher Breite vorgestellt werden. Bei ihnen stießen die teilweise überraschend neu erscheinenden Vorstellungen sogar auf nachdenkliche, aber doch verhaltende Zustimmung. Anders bei den beiden genannten Funktionären. In ihren Mienen, Gebärden und Worten zeichnete sich, sobald ihnen die Richtung des Vorschlags klar wurde, sofort verärgerte Ablehnung ab. „Das geht nicht, die Bundesbank darf das nicht“, fauchte der SPD Senator. Warum nicht? Entgegenstehende, politisch eingeführte Vereinbarungen und Regeln lassen sich politisch ändern. „Die Bank kann nur im Rahmen ihrer Einlagen Kredit gewähren“. „Aber Herr S. sie wollen mir doch im Ernst nicht dieses Ammenmärchen aufbinden? Privatbanken schöpfen im Rahmen gewisser gesetzlicher Einschränkungen, wie z. B. Mindestreserven Kredit und damit Zahlungsmittel nach ihrem Gutdünken aus dem Nichts. Das können Sie selbst auf der Webseite der Bundesbank nachlesen. Darauf gab es keine Antwort mehr, da sich der Politiker rasch einer anderen Person seiner Gefolgschaft Hände schüttelnd zuwandte.

Der Bundesbanker war, obwohl schon dabei in den Mantel zu schlüpfen, zunächst recht freundlich. Als er jedoch den Braten roch, hatte auch er seine Emotionen kaum besser im Griff. „Das geht nicht!“, war die knappe unwirsche Antwort, und als Widerspruch kam, folgte das noch eindeutiger „Das wollen wir nicht!“. Die Frage „Wir? Wer ist Wir? ich dachte die Bundesbank gehört und dient dem deutschen Volk?“ blieb indes unbeantwortet. Der Gefragte suchte stattdessen mit einem „Sie entschuldigen mich!“ hastig das Weite.

Der Vorschlag konnte nicht diskutiert werden, weil man eigens „die sonst übliche Diskussion“ aussetzte und sich auf das altbekannte Gerede der „Experten“ beschränkte. Wäre der Vorschlag durchführbar? Kommen Sie mir nicht mit dem blöden Spruch: Politiker können nicht mit Geld umgehen. Der Spruch ist dumm, selbst wenn Sie zum Beweis auf die erneute Diätenerhöhung nach der letzten Erhöhung, die erst im vergangenen November beschlossen worden war, hinweisen könnten. Aber waren Sie es nicht, die diese Politiker gewählt haben? Kann, wer sich solche Politiker und Parteien mit seiner Stimme immer wieder bestätigt, etwa selbst nicht mit Geld umgehen? Auch das kleinere Übel bleibt ein Übel.

Der Vorschlag ist „an sich“ einfach und simpel. Ist er deshalb undurchführbar? Natürlich ließe er sich nach Geschmack beliebig

akademisch anstreichen und verkomplizieren, wenn es – wie auf diesem Gebiet üblich – darum ginge, nur Ihre Hochachtung zu finden, aber die eigentliche Absicht des Vorschlags vor Ihrem Verständnis zu verschleiern. Auf diese Weise werden Sie von „renommierten Experten“ seit Jahrzehnten an der Nase herumgeführt. Zugegeben, Bestimmungen, die sicherstellen, daß eine weitere künftige Neuverschuldung der öffentlichen Hand bei der Bundesbank nur im Rahmen neu geschaffener Leistungen und im Rahmen einer garantierten Geldwertstabilität möglich sein soll, könnten etwas komplizierter ausfallen. Doch wäre das erst der zweite, lösbare Schritt. Aber wer will, „da oben“ schon Geldwertstabilität, wo Geldentwertung doch ein so bequemer Griff in den Sparstrumpf der Bürger ist und ganz gezielt in Szene gesetzt wird?

Bevor man sich Bequemlichkeitshalber und leichtfertig im „Das geht nicht!“ suhlt, sollte man sich ernsthaft Gedanken über das viel konkretere „Das wollen Wir nicht“ und insbesondere über das darin enthaltene eigenartige „Wir“ Gedanken machen. Es könnte uns helfen zu verstehen, in wessen Interesse in diesem Land (und nicht nur hier) regiert wird. Machen Sie es sich auch hier nicht leicht mit Sprüchen wie: Natürlich im Interesse des Kapitals! oder dahinter stecken doch nur die Illuminaten. Leere Tüten, in die sich alles Mögliche packen läßt, werden Ihnen nicht weiter helfen. Schließlich geht es um die Frage: Warum haben wir bei der enorm gestiegenen Produktivität doch den enormen Anstieg der Verarmung?

Auch der „Klimaschutz“ ist dafür nur eine der vielen Vernebelungskernen. Sie soll uns erklären, weshalb wir trotz möglicher Produktivität nicht mehr das produzieren dürfen, was zur allgemeinen Versorgung nötig wäre, weil das eben Umwelt und Klima schädigen könnte. Glauben Sie das wirklich? Haben sie kürzlich den „renommierten“ Oberklimaeinpeitscher Professor Latif gehört? Plötzlich findet auch er „natürliche Ursachen“, die es in den nächsten 10 Jahren kälter werden lassen. Aber trotzdem gefährdet nach wie vor das CO₂ der Menschen das Leben auf diesem Planeten, Basta! Wie lange wollen Sie oder ihre Nachbarn und Bekannten eigentlich noch diesen „renommierten“ Propaganda-Experten zunicken und deren Phrasen nachbeten, ehe Sie sich selbst über das Rechenschaft geben, was sie von sich geben und nur allzu oft steif und fest behaupten, weil es im Fernsehen kam? Ist es das Selbstdenken, was der Spruch „Das geht nicht!“ eigentlich meint?